

# **Antrag an das 31. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin**

Antragsteller:in(nen): Referat für Ökologie und Umweltschutz

Datum: 23.10.2023

Nr. und Datum der Sitzung: 1. Sitzung, 07.11.2023

Tagesordnungspunkt:

## I. Antragsgegenstand

Unterstützung und Finanzierung einer Kampagne für den Erhalt des Semestertickets durch das Studierendenparlament.

## II. Beschlussentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

**1. Das Studierendenparlament der HU Berlin hält einen Erhalt des Semestertickets für erstrebenswert. Es unterstützt die Organisation einer Kampagne, um öffentlichkeitswirksam Druck auf die Berliner Politik auszuüben. Hierzu stellt es dem Referent\*innenrat finanzielle Mittel in einer Höhe von max. 4900 € bereit.**

**2. Mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt es den Referent\*innenrat.**

## III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

Bis zu 4.900€ für die Organisation einer Kampagne für den Erhalt des Semestertickets.

## IV. Begründung

Durch die Einführung des 29€-Tickets ist die Existenzberechtigung für das Semesterticket laut der Berliner Senatsverwaltung nicht mehr gegeben.

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/10/berlin-senat-semesterticket-wegfall-studierende.html>

<https://taz.de/Semesterticket-in-Berlin/!5963877/>

Das 29€-Ticket ist im Vergleich zum Semesterticket jedoch die deutlich schlechtere Alternative. Hier ein Vergleich der jeweiligen Konditionen:

	Semesterticket	29€-Ticket
Tarifbereich	ABC (+ Upgrademöglichkeit Deutschlandticket)	AB
Fahrradmitnahme	kostenlos möglich	nein
Solidarmodell	Geringere Hürden zur Erstattung des Semestertickets	Große Hürden, um für das 9€-Sozialticket zu qualifizieren

Das Semesterticket bietet also deutlich bessere Konditionen zu einem nur etwas höheren Preis (mit Zuschuss vom Senat 32,30 € pro Studi). Rechtlich gibt es für uns, sollten die Konditionen so bleiben, aber keinen Weg, das Semesterticket fortzuführen. Die einzige Möglichkeit, einen Vertrag für das SoSe 2024 zu unterschreiben wäre also eine Vergünstigung des Semestertickets. Dies wäre am ehesten durch einen höheren Zuschuss durch die Senatsverwaltung denkbar.

Das Semesterticket ist für viele Studierende die einzige Möglichkeit, sich langfristig ein ÖPNV-Ticket leisten zu können. Das Solidarmodell des Semestertickets ist eine der zentralen Errungenschaften der verfassten Studierendenschaften, die es gilt zu erhalten. Auch die Konditionen des 29€-Tickets sind miserabel. Viele Studierende wohnen mittlerweile im Tarifbereich C, da die Mieten in Berlin AB zu teuer sind. Andere sind auf eine Fahrradmitnahme angewiesen, da sie weit von der nächsten Bahnstation weg wohnen. Deshalb ist es unfassbar wichtig, dass wir das Semesterticket erhalten und uns nicht mit (temporären) Alternativen der Berliner Senatsverwaltung zufrieden geben.

Unser Ziel muss nun also sein, die Senatsverwaltung unter Druck zu setzen, ihre Entscheidung zum Semesterticket noch einmal zu überdenken. Dazu ist aus unserer Sicht eine möglichst öffentlichkeitswirksame Kampagne nötig. Es gilt, in relativ wenig Zeit möglichst viele Menschen zu mobilisieren und vom Semesterticket zu überzeugen. Dies ist nicht nur mit einem hohen Organisationsaufwand

verbunden, sondern auch mit Kosten. Es müssen u.a. Flyer und Plakate gedruckt werden, Demo(s) organisiert und vorbereitet werden...

Wir beantragen deshalb Gelder in einer Höhe von Max. 4900 €, um die geplante Kampagne vollumfassend zu finanzieren und alle Ausgaben tätigen zu können, die im Rahmen dieser Kampagne anfallen können. Neben Material- und Organisationskosten können darunter auch Aufwandsentschädigungen oder Honorare sowie Kosten für mögliche notwendige Rechtsberatungen fallen.

#### V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft

Wir hoffen auf eine hohe Beteiligung an der Kampagne in der Studierendenschaft und darüber hinaus. Es werden sich voraussichtlich andere Asten sowie auch studentische Initiativen beteiligen.

Die Organisation, Koordination und Finanzierung der Kampagne sehen wir als Studierendenvertretung allerdings in unserem Verantwortungsbereich.

#### VI. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller:in bzw. zu den Antragsteller:innen

Referat für Ökologie und Umweltschutz

Unter den Linden 6

10117 Berlin

oeko@refrat.hu-berlin.de

030/2093 46662